

Claudia May
Am Stadtpark 34
99096 Erfurt



Fax: 03643 - 20 64 22

30. April 2001

Sehr geehrter Herr Hoffmeister,

ich möchte Sie herzlich um Veröffentlichung meines nachfolgenden Leserbriefes bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia May

**TLZ-Artikel vom 18./19. April 2001
„Wettbewerb um die besten Ideen“**

Unsachliche und polemische Diskussionen zur Ablenkung vom eigenen Versagen werden wohl kaum zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Alt- und Neu-CDU-Partei-Kader beitragen. Die Verantwortung für die seit 11 Jahren verschleppte, zögerliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts muss sich in erster Linie die CDU zurechnen lassen.

Die PDS war bisher nur in der Regierungs-Opposition und ist damit für die schlechten Unrechtsbereinigungsgesetze und die Situation der Opfer nicht verantwortlich zu machen.

Dass die CDU nach Parteispenden- und Investitionsskandalen, Ablehnung des Volksbegehrens in Thüringen bzw. nunmehr Klage gegen das Volk, Negierung ihrer gewaltigen CDU-Blockpartei-Altlasten etc. noch immer mit demagogischen Klassenkampfparolen die PDS als Schuldigen für die gegenwärtige katastrophale Situation der ehem. DDR-Opfer - allein 500.000 sind Sozialfälle - brandmarken will, ist ein weiterer politischer Skandal.

Denn es war die CDU, die die eingebrachten und umfassenderen Rehabilitierungsgesetze der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag immer wieder boykottierte, die anerkannte SBZ- und DDR-Opfer - ungeachtet der vorliegenden Rehabilitierungsbescheinigungen und eindeutigen Dokumenten - ein zweites Mal zwangsenteigete, nur um ihre Staatsfinanzen zu sanieren.

Die Verantwortung für diese fortgesetzte politische Gewalt gegen Opfer staatlicher Willkürmaßnahmen, die auch Bürger des Rechtsstaates sind, muss sich die CDU zurechnen lassen.

Die Initiative der PDS sollte deshalb jeder freie, rechtsstaatlich mitverantwortliche Bürger unterstützen, der für eine angemessene Entschädigungsregelung der Diktatur-Opfer und einen tatsächlichen Täter-Opfer-Ausgleich eintritt und der Machtmissbrauch einer Parteien-Oligarchie gegen das Volk ablehnt.